

Niederschrift
über die 16. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion
und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 20.09.2018 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Dr. Leonards-Schippers
Mucha, Constanze
Natus-Can M.A., Astrid
Norkowsky, Arnold
Rubin, Dirk
Schittges, Winfried
Solf, Michael-Ezzo
Wöber-Servaes, Sylvia
Krebs, Bernd

für Hurnik, Ivo
für Isenmann, Walburga

für Wörmann, Josef

SPD

Daun, Dorothee
Lüngen, Ilse
Recki, Gerda
Nottebohm, Doris
Schmerbach, Cornelia
Schmidt-Zadel, Regina
Servos, Gertrud

Sitzungsleitung

für Meiß, Ruth

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin
Zsack-Möllmann, Martina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Glagla, Daniela
Jacob, Tobias

für Dr. Bell, Hans-Günter

FREIE WÄHLER

Rehse, Henning

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die gemeinsame Sitzung vom 05.07.2018
3. Verschiedene Kenntnisnahmen und empfehlende Beschlüsse
 - 3.1. Abschluss "LVR-Anreizprogramm zur Konversion stationärer Wohnangebote und zur Förderung einer inklusiven Sozialraumentwicklung", Abschlussbericht der Evaluation **14/2745 K**
 - 3.2. Ausführungsgesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in NRW (AG-BTHG NRW) **14/2813 K**
 - 3.3. Umsetzung des BTHG beim LVR - hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX n.F. sowie Weiterentwicklung der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe) unter Berücksichtigung von Peer Counseling **14/2893 E**
 - 3.4. Fortführung der LVR-Inklusionspauschale **14/2832 E**
 - 3.5. Schulabschlüsse und berufliche Werdegänge von Schülerinnen und Schülern an den LVR-Förderschulen 2016/2017 **14/2812 K**
 - 3.6. Jahresbericht LVR-Integrationsamt 2017/2018 **14/2842 K**
 - 3.7. Informationen des LVR-Inklusionsamtes zu den Wahlen der Schwerbehindertenvertretung 2018 **14/2841 K**
 - 3.8. Dissertation von Anke Hoffstadt über die Geschichte der Gehörlosenschulen des LVR nach 1945 als Bestandteil der Beantwortung der Anträge 12/390 und 14/140 **14/2895 K**
4. Anträge der Fraktionen
 - 4.1. Empfehlende Beschlüsse
 - 4.1.1. BTHG-Schulung der Nutzerinnen- und Nutzerbeiräte; Haushalt 2019 **Antrag 14/213 CDU, SPD E**
 - 4.1.2. Positionspapier zur schulischen Inklusion; Haushalt 2019 **Antrag 14/217 SPD, CDU E**
 - 4.1.3. Inklusives Bauprojektförderung, Haushalt 2019 **Antrag 14/223 SPD, CDU E**
 - 4.1.4. LVR-Inklusionspauschale fortführen **Antrag 14/236 GRÜNE E**

- | | | |
|--------|--|---|
| 4.1.5. | Beitritt zu WOHN:SINN - Bündnis für inklusives Wohnen | Antrag
14/239 GRÜNE E |
| 4.1.6. | Aufbau inklusiver Netzwerke gegen Gewalt vor Ort - im Rheinland | Antrag
14/241/1 GRÜNE E |
| 4.1.7. | LVR-Geschichte, Publikation Psychiatrie-Skandale und SSK; Haushalt 2019 | Antrag
14/247 Die Linke. E |
| 4.2. | Kenntnisnahmen | |
| 4.2.1. | Erhöhung der Förderung von KoKoBe und SPZ; Haushalt 2019 | Antrag
14/208/1 SPD, CDU
K |
| 4.2.2. | Änderungsantrag zum Antrag 14/208 (SPD, CDU) "Erhöhung der Förderung von KoKoBe und SPZ; Haushalt 2019" | Antrag
14/246/1 Die Linke.
K |
| 4.2.3. | Erprobung von Angeboten von Peer-Beratung im Übergang von der stationären zur ambulanten Behandlung; Haushalt 2019 | Antrag
14/209/1 CDU, SPD
K |
| 4.2.4. | Peer-Evaluation und -Beratung; Haushalt 2019 | Antrag
14/214/1 SPD, CDU
K |
| 4.2.5. | Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe in den Regionen; Haushalt 2019 | Antrag
14/225/1 SPD, CDU
K |
| 4.2.6. | Optimierung des Übergangs Schule - Beruf; Haushalt 2019 | Antrag
14/226/1 CDU, SPD
K |
| 4.2.7. | Unterstützung von Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern; Haushalt 2019 | Antrag
14/227/1 SPD, CDU
K |
| 4.2.8. | Peer Counseling; Haushalt 2019 | Antrag
14/230/1 CDU, SPD
K |
| 5. | Anfragen der Fraktionen | |
| 6. | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 7. | Beschlusskontrolle | |
| 8. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr
Ende der Sitzung: 12:05 Uhr

Die **Beiratsvorsitzende** lässt den **Ausschussvorsitzenden** entschuldigen und übernimmt die Sitzungsleitung.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1 **Anerkennung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2 **Niederschrift über die gemeinsame Sitzung vom 05.07.2018**

Frau **Schmidt-Zadel** erinnert mit Hinweis auf TOP 6.2 der Niederschrift daran, dass im Zuge der Beratung der Follow-up Vorlage Nr. 14/2102 eine weitere fachliche Befassung mit dem Thema der rechtlichen Betreuung gefordert worden wäre.

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3 **Verschiedene Kenntnisnahmen und empfehlende Beschlüsse**

Punkt 3.1 **Abschluss "LVR-Anreizprogramm zur Konversion stationärer Wohnangebote und zur Förderung einer inklusiven Sozialraumentwicklung", Abschlussbericht der Evaluation Vorlage 14/2745**

Keine Wortmeldungen.

Der Bericht zum Abschluss des LVR-Anreizprogramms zur Konversion stationärer Wohnangebote und zur Förderung einer inklusiven Sozialraumentwicklung sowie der Abschlussbericht der Evaluation des Programms werden gemäß Vorlage Nr. 14/2745 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.2 **Ausführungsgesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in NRW (AG-BTHG NRW) Vorlage 14/2813**

Keine Wortmeldungen.

Die Darstellungen zum Ausführungsgesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in NRW (AG-BTHG NRW) werden gemäß Vorlage Nr. 14/2813 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.3

Umsetzung des BTHG beim LVR - hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX n.F. sowie Weiterentwicklung der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe) unter Berücksichtigung von Peer Counseling Vorlage 14/2893

Herr **Lewandrowski** führt in die Vorlage ein.

Frau **Schmidt-Zadel** weist darauf hin, dass bei der Gestaltung der Beratungsangebote auch die Situation der Menschen mit einer seelischen Behinderung im Blick behalten werden müsse. Die SPZ-Träger und ihre Verbände scheinen sich nicht ausreichend informiert zu fühlen. Frau **Lubek** versichert, dass alle Bedenken sehr ernst genommen und geprüft werden. Herr **Lewandrowski** macht deutlich, dass die bestehenden SPZ-Strukturen durch die Beratung nach § 106 SGB IX n.F. nicht verändert werden.

Frau **Boos** begrüßt ausdrücklich, dass die vorhandenen Strukturen weiter genutzt und die KoKoBe eine Aufwertung erfahren würden.

Frau **Schmitt-Promny** äußert Bedenken, dass das kooperative Verfahren zwischen LVR und Freier Wohlfahrtspflege aufgegeben werde. Herr **Lewandrowski** erläutert, dass weiterhin an das kooperative Verfahren angeknüpft werde, etwa durch die Anbindung der Beratung des Eingliederungshilfeträgers nach § 106 SGB IX n.F. an die KoKoBe sowie das vorgesehene Bedarfsermittlungsverfahren in den sog. Folgeanträgen.

Frau **Glagla** erläutert die Nichtbeteiligung ihrer Fraktion an der Abstimmung aufgrund bestehenden Beratungsbedarfs.

Votum Beirat: Zustimmung bei Enthaltung der Grünen und Nichtbeteiligung der Fraktion Die Linke.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Grünen und Nichtbeteiligung der Fraktion Die Linke. folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Die Umsetzung eines regional verankerten Angebots der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX n.F. durch den Träger der Eingliederungshilfe sowie die Weiterentwicklung der KoKoBe und die Berücksichtigung von Peer Counseling wird, wie in der Vorlage ausgeführt, beschlossen.
2. Im Gesamtplan- bzw. Teilhabepflichtverfahren nach dem BTHG übernehmen zukünftig ab 2020 LVR-eigene Mitarbeitende (Erst- und Folgeanträge) die Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung.
3. Für den Personenkreis der erwachsenen Menschen mit Behinderungen wird das Modell der kooperativen Bedarfsermittlung mit Mitarbeitenden der Leistungsanbieter/Freien Wohlfahrtspflege weiterentwickelt, sodass die Bedarfserhebung bei Erstanträgen mittelfristig und bei ausreichenden Personalressourcen durch Mitarbeitende des LVR erfolgt. Die Bedarfserhebung bei Folgeanträgen wird weiterhin durch die Leistungsanbieter durchgeführt.
4. Das Beratungsangebot Peer Counseling wird im Jahr 2019 in Kooperation mit den regionalen KoKoBe fortgesetzt, um den Übergang bis zum Aufbau des Angebots „Beratung und Unterstützung“ nach § 106 SGB IX n.F. ab dem 01.01.2020 zu gestalten. Die regionalen KoKoBe werden damit beauftragt, das Peerangebot in ihr Beratungsangebot aufzunehmen und die Peerberaterinnen und -berater unter Nutzung der Erfahrungen aus den Modellprojekten zu unterstützen. Die hierzu erforderlichen

finanziellen Mittel werden zur Verfügung gestellt.

Punkt 3.4
Fortführung der LVR-Inklusionspauschale
Vorlage 14/2832

Frau **Prof. Dr. Faber** führt zu der Vorlage und den geplanten Neuerungen bei der LVR-Inklusionspauschale aus.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gemäß der Vorlage Nr. 14/2832 mit der Fortführung der LVR-Inklusionspauschale in der vorgeschlagenen Form beauftragt.

Punkt 3.5
Schulabschlüsse und berufliche Werdegänge von Schülerinnen und Schülern an den LVR-Förderschulen 2016/2017
Vorlage 14/2812

Die Vorlage wird ausführlich diskutiert. Es beteiligen sich Herr **Rehse**, Frau **Arnold**, Frau **Schmerbach**, Frau **Herlitzius**, Herr **Jacob**, Frau **Grimbach-Schmalfuß**, Frau **Schmidt-Zadel**, Frau **Seipelt-Holtmann**, Frau **Boos**, Frau **Romberg-Hoffmann**, Frau **Schmitt-Promny**, Herr **Solf**, Frau **Lüngen** und die **Beiratsvorsitzende**.

In mehreren Wortbeiträgen wird auf den vergleichsweise hohen Anteil der Absolventinnen und Absolventen hingewiesen, die nach dem Abschluss an einer LVR-Förderschule (zunächst) keinen Anschluss finden. Problematisiert wird, dass dieser Anteil in einigen Förderschwerpunkten weiter angestiegen sei.

Kritisch wird ebenfalls gesehen, dass weiterhin ein hoher Anteil der Absolventinnen und Absolventen nach dem Schulabschluss direkt in die WfbM wechsele, insbesondere in den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung und körperliche und motorische Entwicklung. Hier bestehe zum Teil noch eine Art "Automatismus".

Vor diesem Hintergrund werde großer Bedarf gesehen, dass sich das Schulsystem inklusiv weiterentwickle und die Unterstützung beim Übergang zwischen Schule und Beruf weiter verbessert werde.

Diskutiert werden auch Änderungen beim Übergang von der Schule in den Beruf, die mit dem neuen BTHG einhergehen (Stichwort Teilhabe- bzw. Gesamtplanverfahren und neue Zuständigkeit des LVR für Kinder mit Behinderungen, die bei den Eltern leben).

Zur Situation der Förderschulen wird grundsätzlich angemerkt, dass hier eine "besondere Atmosphäre" bestehe. Sie seien im besten Fall Orte der konstruktiven Auseinandersetzung mit der eigenen Behinderung. Die Schülerinnen und Schüler müssten jedoch auch lernen, außerhalb der "Sonderwelt" zurecht zu kommen. Eher selten würden in den Bildungsgängen an den Förderschulen Regelschulabschlüsse verfolgt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass mit dem Abschlusszeugnis einer Förderschule oft ein stigmatisierender Effekt verbunden sei, der die Bewerbung um eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz erschweren könne.

Die **Beiratsvorsitzende** bedankt sich ausdrücklich für die tiefgehende Diskussion. Es wird angeregt, dass die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen im "Positionspapier zur

schulischen Inklusion" (Antrag Nr. 14/217) aufgegriffen werden.

Frau **Prof. Dr. Faber** betont, dass Inklusion eine Generationenaufgabe darstelle, der sich der LVR in allen Bereichen verpflichtet fühle. Die Schnittstelle Schule - Beruf werde bereits heute und werde weiterhin mit hoher Intensität und Qualität in einem Dezernat bearbeitet (z.B. Programm STAR, Budget für Ausbildung).

Sie hebt hervor, dass der LVR als überörtlicher Schulträger (ebenso wie der LWL) mit dieser jedes Jahr erneut vorgelegten Vorlage in besonderer Weise Transparenz über die Schulabschlüsse und die Werdegänge herstelle. Das Land würde eine solche Darstellung über alle Schulformen nicht bieten. Besonders bedauerlich sei, dass das Land keine Daten zu den Ergebnissen von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen im Gemeinsamen Lernen erhebe.

Ohne die Daten aus dem Gemeinsamen Lernen hätten die LVR-Daten leider nur eine begrenzte Aussagekraft. Im Vergleich mit den Daten des Nationalen Bildungsberichts, der sich auf alle Förderschwerpunkte bezöge, erreichten an den LVR-Förderschulen deutlich mehr Schülerinnen und Schüler einen allgemeinen Schulabschluss. Aber auch die Schulabschlüsse Lernen und geistige Entwicklung hätten ihre Berechtigung und verdienten Anerkennung.

Frau **Prof. Dr. Faber** macht darauf aufmerksam, dass die Beschulung an einer allgemeinen Schulen, die keine angemessenen Vorkehrungen für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen treffe, ihrerseits diskriminierend im Sinne der BRK sei.

Frau **Lubek** erklärt, dass der LVR das Land über seinen Fachbeirat "Inklusive schulische Bildung" bzw. den Inklusionsbeirat NRW um die Vorlage der Daten aus dem Gemeinsamen Lernen bitten werde.

Der Schulausschuss nimmt die Übersicht über die erreichten Schulabschlüsse und die beruflichen Werdegänge von Entlassschülerinnen und -schülern der LVR-Förderschulen des Schuljahres 2016/2017 gemäß Vorlage Nr. 14/2812 zur Kenntnis.

Punkt 3.6 **Jahresbericht LVR-Integrationsamt 2017/2018** **Vorlage 14/2842**

Frau **Glagla** regt an, künftig auch die Beschäftigungsquoten kommunaler Unternehmen und freigemeinnütziger Arbeitgeber differenziert auszuweisen sowie eine Kenntnisnahme des Berichtes auch im Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung.

Die Ausführungen zum Jahresbericht des LVR-Integrationsamtes 2017/2018 werden gemäß Vorlage Nr. 14/2842 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.7 **Informationen des LVR-Inklusionsamtes zu den Wahlen der** **Schwerbehindertenvertretung 2018** **Vorlage 14/2841**

Die Informationsschriften auch und insbesondere in Leichter Sprache werden sehr begrüßt.

Auf Nachfrage bestätigt Herr **Woltmann**, dass mit der Übertragung eines Fachtextes in Leichte Sprache neben einer sprachlichen Vereinfachung in der Regel auch eine inhaltliche Reduzierung verbunden sei. Die Funktion der Zusatztexte in Leichter Sprache sei dann

weniger die vollständige, sondern eher eine einführende und zusammenfassende Information der Zielgruppe. Im Sinne einer angemessenen Vorkehrung im Einzelfall sei dann allerdings sicherzustellen, dass weitergehende Informationen den interessierten Personen individuell (ggf. auch mündlich) tatsächlich zugänglich werden.

Die Informationen des LVR-Inklusionsamtes zu den Wahlen der Schwerbehindertenvertretung 2018 werden gemäß der Vorlage Nr. 14/2841 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.8

Dissertation von Anke Hoffstadt über die Geschichte der Gehörlosenschulen des LVR nach 1945 als Bestandteil der Beantwortung der Anträge 12/390 und 14/140

Vorlage 14/2895

Frau **Boos** regt auch eine Publikation als Hörbuch an.

Frau **Schmidt-Zadel** regt an, die Autorin der Dissertation in den Ausschuss einzuladen.

Der Sachstandsbericht zur Dissertation über die Geschichte der Gehörlosenschulen des LVR nach 1945 gemäß Vorlage Nr. 14/2895 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Anträge der Fraktionen

Punkt 4.1

Empfehlende Beschlüsse

Punkt 4.1.1

BTHG-Schulung der Nutzerinnen- und Nutzerbeiräte; Haushalt 2019 Antrag 14/213 CDU, SPD

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss.

Die HPH-Netze werden gebeten, die Stärkung der Selbstvertretungskompetenzen von Menschen mit Behinderung durch die Ermöglichung von Fortbildungen der Mitglieder der Nutzerinnen- und Nutzerbeiräte der LVR-HPH-Netze zum Bundesteilhabegesetz in Einfacher Sprache zu ermöglichen. Ein entsprechendes Konzept (einschließlich Finanzierungsvorschlag) soll vorgelegt werden, dabei sollen auch andere Träger einbezogen werden.

Punkt 4.1.2

Positionspapier zur schulischen Inklusion; Haushalt 2019 Antrag 14/217 SPD, CDU

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** bei Enthaltung der Fraktionen Grüne und Die Linke. angenommen.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Fraktionen Grünen und Die Linke. folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den gegenwärtigen Umsetzungsstand der Inklusion an den Schulen in NW anhand des Trainee-Projektberichts des LVR (Anlage zum Protokoll des SchuLA vom 13.04.2018) sowie der vorliegenden Daten zur Schulentwicklungsplanung des LVR darzustellen, schulfachlich zu bewerten sowie Rahmenbedingungen und bildungspolitische Perspektiven für eine gelingende Entwicklung hin zu einem inklusiven Schulsystem aufzuzeigen. Dabei sind insbesondere die Wirkungen der gegenwärtigen Situation auf die Aufgaben des LVR als Schulträger und auf die fortlaufende Schulentwicklungsplanung darzustellen.

Punkt 4.1.3
Inklusive Bauprojektförderung,
Haushalt 2019
Antrag 14/223 SPD, CDU

Frau **Boos** bittet vor der Abstimmung im LA noch um Erläuterung, wie die einschränkende Formulierung des Antrages "in der Regel" zu verstehen sei.

Der Antrag Nr. 14/223 wird ohne Votum an den LA verwiesen.

Punkt 4.1.4
LVR-Inklusionspauschale fortführen
Antrag 14/236 GRÜNE

Der Antrag wird nicht zur Abstimmung gebracht.

Punkt 4.1.5
Beitritt zu WOHN:SINN - Bündnis für inklusives Wohnen
Antrag 14/239 GRÜNE

Frau **Arnold** regt an zu eruieren, ob nicht auch andere Bündnisse zu diesem Thema existieren.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU und SPD sowie der Freien Wohlfahrtspflege angenommen.

Der Antrag Nr. 14/239 wird ohne Votum an den LA verwiesen.

Punkt 4.1.6
Aufbau inklusiver Netzwerke gegen Gewalt vor Ort - im Rheinland
Antrag 14/241/1 GRÜNE

Frau **Zsack-Möllmann** erläutert, dass sowohl die Staatenprüfung Deutschlands als auch die Beratungen im Beirat für Inklusion und Menschenrechte zeigen würden, dass die bestehenden Netzwerke (Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser) nicht niedrigschwellig genug für Frauen mit Behinderungen seien.

Frau **Seipelt-Holtmann** zeigt sich erfreut, dass der Antrag eine langjährige Forderung des Netzwerks Frauen und Mädchen mit Behinderungen/chronischer Erkrankung NRW

aufgreife. Sie regt an, eine Fachtagung zum Thema auszurichten.

Frau **Romberg-Hoffmann** macht darauf aufmerksam, dass Menschen mit Behinderungen teilweise Schwierigkeiten hätten, Gewalterfahrungen für sich zu definieren. Hier sei Sensibilisierung erforderlich, auch durch den LVR als Träger von Einrichtungen.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU und SPD sowie der Freien Wohlfahrtspflege angenommen.

Der Antrag Nr. 14/241/1 wird gegen die Stimmen der Fraktion Grüne ohne Votum an den LA verwiesen.

Punkt 4.1.7

**LVR-Geschichte, Publikation Psychiatrie-Skandale und SSK; Haushalt 2019
Antrag 14/247 Die Linke.**

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird gegen die Stimme der Fraktion FREIE WÄHLER bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU, SPD und Grüne angenommen.

Der Antrag Nr. 14/247 wird ohne Votum an den LA verwiesen.

Punkt 4.2

Kenntnisnahmen

Punkt 4.2.1

**Erhöhung der Förderung von KoKoBe und SPZ;
Haushalt 2019
Antrag 14/208/1 SPD, CDU**

Votum Beirat: Dem Antrag wird gegen die Stimmen des LBR-Pools und von Herrn Lindheimer angenommen.

Der Antrag Nr. 14/208/1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2.2

**Änderungsantrag zum Antrag 14/208 (SPD, CDU) "Erhöhung der Förderung von KoKoBe und SPZ; Haushalt 2019"
Antrag 14/246/1 Die Linke.**

Votum Beirat: Dem Antrag wird gegen die Stimmen des LBR-Pools, von Herrn Lindheimer und der Fraktion FREIE WÄHLER bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU, SPD und FDP sowie der Freien Wohlfahrtspflege zugestimmt.

Der Antrag Nr. 14/246/1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2.3

**Erprobung von Angeboten von Peer-Beratung im Übergang von der stationären zur ambulanten Behandlung;
Haushalt 2019
Antrag 14/209/1 CDU, SPD**

Der Antrag Nr. 14/209/1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2.4

**Peer-Evaluation und -Beratung;
Haushalt 2019
Antrag 14/214/1 SPD, CDU**

Herr **Lindheimer** begrüßt ausdrücklich, dass die Förderung von Peerprojekten weitergehe.

Frau **Romberg-Hoffmann** macht darauf aufmerksam, dass die Rollen zwischen Peerberaterin/Peerberater und Unterstützungsperson gut geklärt sei sollten.

Votum Beirat: Dem Antrag wird bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU und SPD sowie der Freien Wohlfahrtspflege zugestimmt.

Der Antrag Nr. 14/214/1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2.5

**Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe in den Regionen;
Haushalt 2019
Antrag 14/225/1 SPD, CDU**

Herr **Lindheimer** bittet darum, dass der Beirat für Inklusion und Menschenrechte weiter über das Thema unterrichtet werde.

Votum Beirat: Dem Antrag wird bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU und SPD sowie der Freien Wohlfahrtspflege zugestimmt.

Der Antrag Nr. 14/225/1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2.6

**Optimierung des Übergangs Schule - Beruf;
Haushalt 2019
Antrag 14/226/1 CDU, SPD**

Frau **Schmitt-Promny** regt an, den Zusatz "erster" Arbeitsmarkt zu streichen.

Frau **Seipelt-Holtmann** weist als positives Beispiel auf das Handwerkerinnenhaus Köln hin, dass sich bereits vor Jahren inklusiv geöffnet habe.

Votum Beirat: Dem Antrag wird bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU und SPD sowie der Freien Wohlfahrtspflege zugestimmt.

Der Antrag Nr. 14/226/1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2.7

Unterstützung von Hilfen für Kinder psychisch und/oder suchterkrankter Eltern; Haushalt 2019

Antrag 14/227/1 SPD, CDU

Frau **Romberg-Hoffmann** unterstreicht, wie wichtig eine angstfreie Kooperation der Eltern mit dem Jugendamt sei.

Votum Beirat: Dem Antrag wird gegen die Stimme von Herrn Lindheimer bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU und SPD sowie der Freien Wohlfahrtspflege zugestimmt.

Der Antrag Nr. 14/227/1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2.8

Peer Counseling;

Haushalt 2019

Antrag 14/230/1 CDU, SPD

Votum Beirat: Dem Antrag wird bei Enthaltung der Beiratsvorsitzenden und der Fraktionen CDU und SPD sowie der Freien Wohlfahrtspflege zugestimmt.

Der Antrag Nr. 14/230/1 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Anfragen der Fraktionen

Keine Wortmeldungen.

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Woltmann** teilt Folgendes mit:

2. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 06.12.2018

Das Schwerpunktthema am Vormittag wird „70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ mit zwei Gastbeiträgen (StädteRegion Aachen und Paritätischer Wohlfahrtsverband).

In der Arbeitsgruppenphase sind Diskussionen zur neuen Fragenliste des UN-Fachausschusses zum zweiten Staatenprüfungszyklus geplant. Die Fragenliste werde am 21.09.18 in Genf verabschiedet.

Jahresbericht 2018

Der neue Jahresbericht „Gemeinsam in Vielfalt 2018“ gehe zeitnah in Druck. Er enthalte u.a. das neue Datenblatt „Geschlechtergerechtigkeit und Behinderung“ und die Dokumentation der ersten Dialogveranstaltung aus 2017.

Partizipation ausgestalten („LVR-Zielrichtung 1“)

Die Monitoringstelle in Berlin habe am 17.09.2018 das neue Positionspapier „Partizipation barrierefrei gestalten. Wie die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen auf Augenhöhe gelingen kann“ veröffentlicht. Es bestätigt voll das LVR-Vorgehen.

Das Positionspapier ist unter folgendem Link zu finden: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/POSITION/Position_17_Partizipation_barrierefrei_gestalten.pdf

Begleitete Elternschaft

Die Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte hätte das Projektteam von Mobile e.V. Dortmund zu Gast. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialdezernat und dem Landesjugendamt würde über Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesprochen.

Projektziele seien u.a. die Entwicklung von Qualitätsanforderungen für Fachkräfte in begleitenden Diensten und ein „Rahmenkonzept“ für Leistungsträger im Sinne von Leitlinien.

Punkt 7

Beschlusskontrolle

Keine Wortmeldung.

Punkt 8

Verschiedenes

Frau **Romberg-Hoffmann** weist auf den Fachtag des Kompetenzzentrums Selbstbestimmt Leben (KSL) "Doppelt diskriminiert hält besser!" am 30.10.2018 (10 Uhr bis 16.30 Uhr) hin. Die Veranstaltung finde im Haus der Geschichte in Bonn statt. Zum Flyer: https://ksl-koeln.de/public/2018/07/Flyer_Fachtag_20180725.pdf

Die **Beiratsvorsitzende** regt an, dass allen Beiratsmitgliedern die Publikation der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen mit dem vollständigen Text des neuen SGB IX kostenfrei zur Verfügung gestellt wird.

Solingen, den 08.11.2018

Die stellvertretende Ausschuss- und die
Beiratsvorsitzende

D a u n

Köln, den 30.10.2018

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

L u b e k